

Aus: Niedersächsischer Jäger - jagderleben

<https://www.jagderleben.de/news/spd-jaeger-formieren>

SPD-Jäger formieren sich

10. Nov. 2013

Nach Meinung von jagenden Sozialdemokraten ist der SPD-Landtagsfraktion die Bedeutung von Jagd und Jägern nicht genügend bewusst. Um das zu ändern, haben sie nach nordrhein-westfälischem Vorbild einen Initiativkreis „Waidgenossen in der SPD Niedersachsen“ gegründet.

Aus allen Regionen Niedersachsens trafen sich in Hannover SPD-Mitglieder. Außer ihrem Parteibuch haben sie eine weitere Gemeinsamkeit: Sie verbindet die jagdliche Passion – und die Sorge, dass die Jagd in der SPD-Fraktion des Niedersächsischen Landtages ein eher stiefmütterliches Dasein fristet. Ganz unberechtigt scheint diese Befürchtung nicht zu sein, denn unter den 49 SPD-Landtagsabgeordneten gibt es lediglich einen Jäger, nämlich Gerd Will aus Nordhorn. Dieser war denn auch zusammen mit Thorsten Tellmann, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Jägerschaft der Landeshauptstadt Hannover, die treibende Kraft für dieses Treffen. Unterstützt wurden sie dabei von Carola Sandkühler, Parlamentarische Referentin der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag für Umwelt & Energie/Landwirtschaft & Verbraucherschutz.

Nach einer kurzen Selbstvorstellung der Anwesenden erläuterte Will die Beweggründe für diese Zusammenkunft. Mit dem Landwirtschafts- und dem Umweltministerium habe die SPD ihrem Koalitionspartner zwei für die Jagd bedeutsame Ressorts überlassen. Zum Stichwort Jagd enthalte die Koalitionsvereinbarung lediglich die knappe Aussage: „Zeitgemäße und naturnahe Jagd muss sich an ökologischen Prinzipien ausrichten und den Erfordernissen des Tierschutzes gerecht werden. Daher wird die rot-grüne Koalition das Jagdrecht novellieren und dabei auch die Jagd in EU-Vogelschutzgebieten thematisieren. Es soll ein konstruktiver und fachlich orientierter Dialog mit allen Betroffenen und Beteiligten beginnen.“ Diese vage gehaltenen Formulierungen schrieben, so Will, keinen abzuarbeitenden Maßnahmenkatalog fest. Es stecke in ihnen jedoch auch ein nicht unerhebliches Konfliktpotenzial, wenn diese Themen aus welchen Gründen auch immer dem grünen Koalitionspartner allein überlassen würden. [...]